

Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages

Dresdner Impulse für starke Städte und echte Reformen

Für starke Städte als Garant der Demokratie

In den Rathäusern vor Ort herrscht Alarmstufe Rot. Die Städte rutschen immer tiefer in ein Rekorddefizit, das sie nicht selbst zu verantworten haben. Mehr als 30 Milliarden Euro pro Jahr sind das höchste kommunale Defizit in der Geschichte der Bundesrepublik – Tendenz immer noch steigend. Das ist gefährlich für Deutschland und unser Miteinander insgesamt. Wir sind davon überzeugt: Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt hängt entscheidend davon ab, welcher Spielraum den Städten noch bleibt, um vor Ort zu gestalten. Menschen erleben den Staat in der Regel vor Ort in den Kommunen und beurteilen danach, wie handlungsfähig dieser ist. Handlungsfähige Städte sind ein Garant der Demokratie. Und: Sie sind längst auch eine Frage der nationalen Sicherheit in einer Situation, in der uns internationale Krisen und Bedrohungen mehr denn je ins Pflichtenheft schreiben: Im Notfall muss vor Ort alles funktionieren.

Deshalb fordern wir:

1. Soforthilfe für die Kommunen

Wir sehen die Reformbemühungen von Bund und Ländern. Aber für weitreichende Reformen braucht es oft einen langen Atem. Diese Zeit haben die Städte nicht mehr. Bis Reformen des Sozialstaats, bei Bürokratievereinfachung und bei den föderalen Finanzbeziehungen wirken, brauchen die Kommunen eine finanzielle Soforthilfe als Überbrückung. Diese Soforthilfe muss etwa dem derzeitigen jährlichen Defizit der kommunalen Haushalte von 30 Milliarden Euro entsprechen. Konkret wäre das über eine Anhebung des Anteils der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen um 10 Prozentpunkte von 2,8 auf 12,8 Prozent möglich. Zusätzlich ist eine Übernahme der kommunalen Kassenkredite notwendig. Diese jährliche Soforthilfe darf erst zurückgefahren werden, wenn Reformen wirken, die die Kommunen entlasten.

2. Städte vor neuen Belastungen schützen

Wer bestellt, muss bezahlen. Dieser Grundsatz muss sofort für alle Aufgabenübertragung oder -ausweitung von Bund und Ländern gelten. Ohne einen vollständigen finanziellen und dynamisierten Ausgleich dürfen keine Beschlüsse mehr gefasst werden. Dies gilt insbesondere für zustimmungspflichtige Gesetze im Bundesrat und Entscheidungen der Ministerpräsidentenkonferenz.

3. Städte von Sozialkosten entlasten – Sozialstaatskommission ist ein erster Schritt

Die Sozialausgaben in den Kommunen für Leistungen, die Bund und Länder beschlossen haben, laufen völlig aus dem Ruder. Inzwischen kämpfen die Städte mit Kostensteigerungen von mehr als 10 Prozent pro Jahr, ohne dass sie selbst darauf Einfluss hätten. Die

Sozialstaatskommission wird an dieser Situation nichts ändern, weil sie die Sozialausgaben, die die kommunalen Haushalte aktuell sprengen (Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung sowie Hilfe zur Pflege), gar nicht erst diskutiert hat. Der Bund muss sich viel stärker als bisher an den Kosten der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe beteiligen. Um die Kommunen von der Hilfe zur Pflege zu entlasten, sollte die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung ausgebaut werden. Aktuell müssen die kommunalen Sozialämter mit der Sozialhilfe einspringen, wenn pflegebedürftige Menschen ihren Eigenanteil nicht selbst zahlen können. Allein das würde die kommunalen Haushalte um mehr als 5 Milliarden Euro pro Jahr entlasten.

4. Die Leistungsausweitungen der vergangenen Jahre in den Blick nehmen

In den vergangenen zehn Jahren sind staatliche Leistungen in vielen sozialen Bereichen noch einmal deutlich ausgebaut worden – von Bund und Ländern beschlossen, oft zum finanziellen Nachteil der Kommunen. Bund und Länder müssen sich gemeinsam mit uns ehrlich machen: Wir müssen einen Blick darauf werfen, ob sich die Leistungsausweitungen der vergangenen Jahre im jetzigen System noch finanzieren lassen. Wir müssen uns die Frage auch selbstkritisch stellen: Wären die neuen Leistungen damals auch dann beschlossen worden, wenn die Situation der öffentlichen Haushalte damals schon so gewesen wäre, wie sie heute ist? Und wir müssen den Leistungskatalog in vielen Bereichen kritisch überprüfen: Haben die Menschen wirklich von den – oft extrem teuren – Reformen profitiert?

5. Konsequenz Bürokratie und Prozesse vereinfachen

Die personellen und finanziellen Ressourcen der Kommunen sind knapp. Bürokratische Prozesse dürfen sie nicht weiter unnötig binden. Verfahren müssen konsequent entschlackt, verzichtbare Vorgaben vermieden werden. Gesetzgebung muss vom praktischen Vollzug her gedacht werden. Neue Regelungen dürfen nur entstehen, wenn sie praxistauglich, digital umsetzbar und personell leistbar sind. Voraussetzung dafür ist eine frühzeitige und verbindliche Beteiligung der Kommunen im Gesetzgebungsprozess.

Dokumentations- und Berichtspflichten sind deutlich zu reduzieren. Bagatellgrenzen sind auszuweiten, Pauschalierungen stärker zu nutzen. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen spürbar beschleunigt werden. Weniger Bürokratie bedeutet mehr Tempo. Für Investitionen, für den Infrastrukturausbau und für eine leistungsfähige Verwaltung. Davon profitieren Bürgerinnen und Bürger, und die Städte gewinnen dringend benötigte Handlungsspielräume zurück.

6. Neues Format für Gespräche über große Reformen

Das alles wird sich nicht auf den bisher üblichen politischen Wegen klären lassen. Damit bei Sozialstaatsreformen, Modernisierungsgagenden und der Lösung der kommunalen Finanzkrise statt vieler kleiner Stellschrauben endlich die großen Räder gedreht werden, braucht es ein völlig neues Gesprächsformat – und nicht die nächste Regierungskommission. Wir plädieren dafür, dass Bund, Länder und Kommunen in einem schnellen, effektiven Format auf Augenhöhe gemeinsam wirksame Lösungen finden: trilaterale Gespräche aus Vertretern des Bundes, Vertretern der Länder und den drei kommunalen Spitzenverbänden. Der Bund hat eine entsprechende Einladung bereits ausgesprochen. Das ist ein guter Anfang.